

# Flucht in den Westen: Tausende Brandenburger wollten die DDR verlassen



Freiheit ist für den Brandenburger Peter Müller (Name geändert) nur ein Traum. Der Brandenburger will die DDR verlassen und stellt am 19. Mai 1986 einen Ausreiseantrag.

[Zur Galerie](#)

Tausende Brandenburger wollten zwischen 1972 und 1990 ihr Land verlassen. Die MAZ hat sich die Dokumente im Brandenburger Stadtarchiv angesehen.

## Haft wegen „ungesetzlichem Grenzübertritt“

Doch sein Wunsch erfüllt sich nicht, denn Mitarbeiter der ehemaligen Abteilung Innere Angelegenheiten im Rat der Stadt nehmen seine Bitte am 26. Mai 1988 zurück. Wenige Tage später sitzt der Brandenburger im Gefängnis und ist ein Mann, der gegen Paragraph 213 des DDR-

Strafgesetzbuches verstoßen haben soll. Deshalb sitzt er wegen „ungesetzlichem Grenzübertritt“ in der ehemaligen Strafvollzugseinrichtung (Stve) Cottbus.

## **1800 Ausreiseanträge in 18 Jahren**

Seine Situation ist kein Einzelfall, Stadtarchivarin Kristin Birnstein rechnet mit 1800 Ausreiseanträgen, die Brandenburger zwischen 1972 und 1990 stellten. Beim „Tag der Archive“ widmet sie sich diesen Dokumenten.

### **Weitere MAZ+ Artikel**

## **Ausreiseanträge in der Havelstadt**

Erstmals stellen 15 Brandenburger im Jahr 1972 einen Ausreiseantrag. Die Anfragen steigen im Laufe der Jahre an und erreichen 1984 einen vorläufigen Höhepunkt. 159 Anträge gehen damals bei der städtischen Abteilung für Innere Angelegenheiten ein, 364 Menschen wollen also die Havelstadt verlassen.

Ein neuer Rekordwert ist im Jahr 1989 erreicht, damals stellen 694 Menschen Ausreiseanträge, mit Familienangehörigen sind davon 1603 Personen betroffen. Die ehemalige Volkskammer der DDR beschließt am 11. Januar 1990 ein neues Reisegesetz. Was seit dem Mauerfall am 9. November 1989 bereits gängige Praxis war, ist damit offiziell: Jeder DDR-Bürger durfte reisen, wohin er wollte.

„Wie viele Menschen die Havelstadt verlassen haben, ist unklar, weil in der DDR viele Statistiken gefälscht wurden. Ich schätze aber, dass hinter diesen 1800 Einzelvorgängen mindestens 4000 Schicksale stehen“, sagt die 31-Jährige.

## **Unterdrückung durch die Stasi**

Sie blickt auf einen Karton mit Karteikarten, für die Brandenburgerin sind diese ein Arbeitsmittel und Zeugnis der Zeitgeschichte. Ihr fällt es schwer, sich den damaligen Alltag und die als „Zurückdrängung“ bezeichneten Unterdrückungsversuche des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen Ausreisewillige vorzustellen.

Doch bei der Recherche wird ihr eines klar. „Die staatlichen Organe hatten das Interesse, möglichst wenige Ausreisen zuzulassen. Dennoch war man andererseits auch froh, wenn bestimmte Personen gingen. Es war ja schon fast Sicherheitspolitik der DDR, dass man unliebsame Bürger aus dem Staat heraus bringt“, sagt Birnstein.

## **Antragsteller leiden im DDR-Alltag**

Sie sichtet Hinweise für Behördenmitarbeiter, die Gesprächshinweise für den Umgang mit Ausreisewilligen erhalten. Zunächst wurde laut Birnstein häufig versucht, potentielle „Republikflüchtlinge“ wieder in den Betrieb zu integrieren. Wenn dies nicht erfolgreich war, schaltete sich gelegentlich das MfS ein.

Namen der Betroffenen nennen die Stadtarchivare aus Datenschutzgründen nicht. Dennoch zeigen ihre Worte im Briefwechsel mit der Behörde, wie sehr sie die Situation belastet. Die Reaktionen reichen von „Ich werde gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert“, über „Meine Kinder fühlen sich gepiesackt“ bis „Ich will fort, ich akzeptiere dies nicht“.

## **Schüler und Lehrer verschwinden**

Beim Aktenstudium und der Sichtung von Fachbüchern liest Kristin Birnstein zwischen den Zeilen und bemerkt, wie sehr sich die Versorgungssituation am Ende der Achtzigerjahre auch in der Havelstadt verändert. „Plötzlich fehlte der rechts und links sitzende Nachbar von Schülern und dann war auf einmal der Lehrer nicht mehr da. Das ist

wahrscheinlich eine beängstigende Situation, wenn die Gesellschaft nach und nach ausgedünnt wird“, sagt Birnstein.

Die Leiterin des Stadtarchivs Anke Richter und Archivarin Kristin Birnstein betonen, dass beim Aktionstag nicht die Beurteilung von Vorgängen oder eine Opfer-Täter-Verurteilung im Vordergrund steht. „Ziel ist ein umfassender Einblick in eines der wichtigsten Themen der DDR-Zeit, ein Erleben von Geschichte durch Geschichten“, sagt Birnstein.

## Ursprünge von Kalendern

Einem anderen Kapitel der Vergangenheit widmet sich hingegen der Leiter des Domstiftsarchivs Uwe Czubatinsky. Er beweist, dass die Grundlagen der Kalenderrechnung im Römischen Reich gelegt wurden und erläutert, woher die Bezeichnung der Wochentage stammt. Im Laufe der Jahrhunderte beobachtet er verschiedene Methoden, um ein Datum festzuhalten und will ein Mittler der Zeit und Geschichte sein.

## Rentner konnten die DDR legal verlassen

Diese Mission eint die Brandenburger Archivare. Sekunden später sprechen sie erneut über die Ausreiseanträge in der DDR-Zeit. Denn Uwe Czubatinsky macht klar, dass Frauen als Rentner nach ihrem 60. und Männer nach dem 65. Lebensjahr die DDR legal verlassen konnten. Die Zahl der Ausreisewilligen müsse demzufolge noch höher gewesen sein, betont er. „Einige von ihnen mussten aber zwangsweise ihren Grundbesitz verkaufen und fanden keine Arbeit mehr“, sagt der Leiter des Domstiftsarchivs.

Häftling Peter Müller stellte am 16. Juni 1989 und damit fünfeinhalb Monate vor dem voraussichtlichen Ende seiner Haftzeit einen erneuten Ausreiseantrag. Am 9. November fiel schließlich die Berliner Mauer. Ob der Brandenburger später mit seiner Familie in den Westen zog, ist unklar.

Der Tag der Archive findet Samstag, den 7. März und erstmals im Bürgerhaus Hohenstücken statt. Gäste können von 10 bis 12.30 Uhr im ersten Obergeschoss dabei sein, Anmeldungen sind unter 03381/581727 möglich.

*Von André Großmann*